



Update 4/2018

Bernhard Daldrup, Bundestagsabgeordneter für den Kreis Warendorf

**Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Freundinnen und Freunde,**

vergangene Woche ist Angela Merkel zum vierten Mal zur Kanzlerin gewählt worden. Sie erhielt 364 von 688 abgegebenen gültigen Stimmen. Die Große Koalition verfügt insgesamt über 399 Stimmen. Das bedeutet, dass Merkel von 35 Abgeordneten nicht gewählt wurde. Diese Abweichler vermute ich überwiegend bei der CDU/CSU und das sagt viel über die fehlende Geschlossenheit der Konservativen: Der Zenit der Amtszeit Angela Merkels liegt hinter uns.

Die SPD-Bundestagsfraktion trägt die Regierung, aber mehr als bisher werden wir deutlich machen, wo Unterschiede zur Union bestehen. Dazu werden wir im Bundestag in Zukunft regelmäßig Orientierungsdebatten zu nationalen und internationalen Themen führen und die Bundeskanzlerin wird im Bundestag regelmäßig Frage und Antwort stehen – eine Forderung von uns, die Frau Merkel zunächst gar nicht gefiel. Die Debatte im Bundestag wird spannender, lebendiger und kontroverser werden. Ich freue mich darauf.

Wir machen uns an die Arbeit

Die vergangene Plenarwoche hat am Mittwoch mit der Regierungserklärung der Kanzlerin begonnen. Anschließend haben die neuen Ministerinnen und Minister ihr Programm für die nächsten vier Jahre im Plenum des Bundestages vorgestellt.

Die SPD-Bundestagsfraktion wird von Anfang an Druck machen, damit das Rückkehrrecht von Teilzeit in Vollzeit schon bald Gesetz wird. Ebenfalls

soll die Rückkehr zur paritätischen Finanzierung der Krankenkassenbeiträge durch Arbeitnehmer und Arbeitgeber zügig gesetzlich beschlossen werden. Und wir werden mit unserem Finanzminister Olaf Scholz in den nächsten Wochen einen Haushalt für 2018 mit sozialdemokratischer Handschrift vorlegen.



Spitzenvertreter von SPD, CDU und CSU bei der Unterzeichnung des Koalitionsvertrages am 12. März im Paul-Löbe-Haus des Bundestages.

Die neue Bundesregierung steht

Nach Sondierungen, Koalitionsverhandlungen und Mitgliedervotum stehen unsere Mitglieder der Bundesregierung fest:

- **Olaf Scholz:** Vizekanzler und Bundesminister der Finanzen
- **Heiko Maas:** Bundesminister des Auswärtigen

- **Dr. Katarina Barley:** Bundesministerin der Justiz
- **Hubertus Heil:** Bundesminister für Arbeit und Soziales
- **Dr. Franziska Giffey:** Bundesministerin für Frauen, Senioren, Familie und Jugend
- **Svenja Schulze:** Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit



Die neue Bundesumweltministerin kommt aus dem Münsterland! Darüber freue ich mich ganz besonders und bin mir sicher, dass Svenja Schulze diese neue Aufgabe hervorragend meistern wird.

Die neuen Parlamentarischen Staatssekretärinnen und Staatssekretäre der SPD:

- **Staatsminister(innen) im Auswärtigen Amt:** Michelle Müntefering, Niels Annen, Michael Roth
- **Bundesfinanzministerium:** Bettina Hagedorn, Christine Lambrecht
- **Bundesjustizministerium:** Rita Hagl-Kehl, Christian Lange
- **Bundesarbeitsministerium:** Kerstin Griese, Anette Kramme
- **Bundesfamilienministerium:** Caren Marks, Stefan Zierke
- **Bundesumweltministerium:** Rita Schwarzelühr-Sutter, Florian Pronold

Wir schaffen den Soli ab - nicht FDP oder AfD

In meiner Rede zum Solidaritätszuschlag habe ich klar und deutlich gesagt, dass wir mit unserem Steuerkonzept Menschen mit kleineren und mittleren Einkommen entlasten werden. Ab 2021 werden wir den Solidaritätszuschlag für 90 Prozent aller Soli-Zahler abschaffen. Das bedeutet eine jährliche Entlastung von rund 10 Milliarden Euro für die breite Mitte der Gesellschaft. Die einkommensstärksten 10 Prozent zahlen den Soli hingegen weiter.

Vorher benötigen wir das Geld, um vor allem die Menschen in der Mitte der Gesellschaft durch Investitionen zu entlasten: Mit Milliarden Euro in Infrastruktur, Bildung, Kitas, Wohnungsbau, die Bekämpfung von Kinderarmut, und vieles mehr.

AfD und FDP forderten, den Solidaritätszuschlag gänzlich abzuschaffen. Doch bereits heute zahlen Bürger mit geringem Einkommen keinen Soli. Die große Gruppe in der Mitte der Gesellschaft, die 5,5 Prozent auf die Lohnsteuer zahlen, wird entlastet.

AfD und FDP wollen den Soli auch für Topverdiener abschaffen: die AfD sofort, die FDP ab 2020. Ich habe für die SPD klargestellt: Wir wollen in dieser Wahlperiode keine Abschaffung des Soli für die Topverdiener. Während die FDP ihrer typischen Klientelpolitik für die Besserverdienenden treu bleibt, zeigt sich bei der AfD, dass es ihr nicht um die Entlastung der Gering- und Durchschnittsverdiener geht. Sie ist eben keine soziale Partei.



Am 16. März habe ich im Bundestag zum Thema Soli-Abschaffung gesprochen. Wir haben durchgesetzt, dass die obersten 10 Prozent der Einkommen den Soli auch weiterhin zahlen.

Der Soli muss auch künftig seinem Namen gerecht werden: Es geht darum, Solidarität zu leisten!

Hier der Link zu meiner Rede:

<https://dbtg.tv/fvid/7210550>

CDU-Sensation in Luft aufgelöst: DB-Strecke Münster-Lünen keinen Schritt weiter

Am 24. Juni 2017, mitten im Bundestagswahlkampf, verkündete der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesverkehrsministerium, Enak Ferlemann (CDU), bei der Eröffnung des neuen Hauptbahnhofs in Münster die vermeintliche Sensation: Die für die gesamte Region wichtige Bahnstrecke Münster-Lünen-Dortmund werde zweigleisig ausgebaut. Der Streckenabschnitt würde dazu noch 2017 in den „Vordringlichen Bedarf“ des Bundesverkehrswegeplans aufsteigen. Klar, dass auch Reinhold Sendker (CDU) (wie immer

„sensationell“) die Ankündigung wahlkampfge- recht hochlobte.

Was war dran an der öffentlichkeitswirksamen An- kündigung des Bundesverkehrsministeriums? Als die SPD die forsche Ankündigung als Luftnummer entlarvte, war die CDU sauer. Der Staatssekretär beharrte auf seiner Ankündigung. Auf schriftliche Nachfrage erklärte er am 2. August 2017, noch vor der Wahl, dass die Prüfung Ende 2017 abgeschlos- sen sein sollte.

Nach Gesprächen mit Detlef Ommen von der SPD- Fraktion im Regionalrat Münster habe ich erneut beim Ministerium nachgehakt.

Ergebnis: Herr Staatssekretär Ferlemann teilt mit, was Herr Staatssekretär Ferlemann in Münster ge- sagt haben soll und stellt am Ende fest: „Der be- trieblich und wirtschaftlich optimale Zuschnitt die- ser Begegnungsabschnitte wird derzeit in Abhän- gigkeit vom Zielfahrplan für den Deutschland-Takt ermittelt. Im Koalitionsvertrag ist vereinbart, dass die Bewertung der Schienenprojekte des Potenzi- ellen Bedarf bis zum 3. Quartal 2018 erfolgen soll.“

Aha! Es bleibt also dabei: Es war eine Wahlkampf- nummer, sonst nichts.

Breitbandausbau in der AG Kommunalpolitik

Tim Brauckmüller, Leiter des Breitbandbüros des Bundes, war Gast der letzten Sitzung der AG Kom- munalpolitik, um über den Stand des Breitband- ausbaus zu diskutieren. Er berichtete über das An- trags- und Bewilligungsvolumen des Bundes von mehr als vier Milliarden Euro. Neben der allge- meinen Diskussion habe ich die Gelegenheit genutzt, über die Situation im Kreis Warendorf zu spre- chen.



Mit dem Leiter des Breitbandbüros des Bundes, Tim Brauck- müller, während der Sitzung der AG Kommunalpolitik am Donnerstag, den 22. März.

Offenbar ist die Ausschreibung auf der Grundlage der bereits bewilligten Mittel noch gar nicht abge- schlossen. Da das Fördervolumen von jeweils 15 Millionen Euro für den Kreis Warendorf bereits ausgereizt ist, kann kaum davon ausgegangen werden, dass eine „Aufstockung“ auf eine kom- plette Glasfaser-Infrastruktur so einfach ist, wie dies im Kreis Warendorf erscheinen mag.

Bisher bestehen offenbar auch nur lockere telefo- nische Kontakte, schriftliche Anträge aus dem Kreis Warendorf liegen dazu bisher gar nicht vor. Angesichts der Überzeichnung des Programms auf der bisherigen Grundlage besteht begründeter Anlass zur Skepsis gegenüber Aussagen im Kreis, dass eine Aufstockung bereits erfolgreich auf dem Weg gebracht sei. Ich werde die Angelegenheit weiter verfolgen und darüber in Kürze öffentlich berichten.

Beendigung und Verlängerung der Bundeswehrmandate

Der Bundestag hat vergangene Woche darüber entschieden, ob laufende Bundeswehrmandate verlängert oder verändert werden müssen. Zwei Mandate haben wir beendet. Fünf Bundesweh- reinsätze haben wir, teils in angepasster Form, verlängert. Das Anti-IS-Mandat entwickeln wir weiter. Da militärische Aufgaben wegfallen, kön- nen wir die Anzahl der eingesetzten Soldaten deutlich reduzieren, von bisher 1.200 auf 800. Die Aufgaben des Einsatzes werden dadurch deutlich begrenzt. Für uns als SPD-Bundestagsfraktion kann das Engagement der Bundeswehr immer nur ein Beitrag zu umfassenden politischen Bemühun- gen um Frieden und Stabilisierung sein. Zur Ab- stimmung habe ich eine persönliche Erklärung ab- gegeben, in der ich die Bedeutung von politischen und zivilen Friedensbemühungen unterstreiche.

Die Erklärung findet Ihr im [Protokoll](#) der gestrigen Bundestagssitzung.

Praktikant aus der Heimat in meinem Büro

Seit der letzten Woche kann ich wieder einen Praktikanten in meinem Bundestagsbüro begrü- ßen. Der 21-jährige Sebastian Specht aus Senden- horst ist für 4 Wochen in Berlin, um meine politi- sche Arbeit kennenzulernen. Neben den üblichen Bürotätigkeiten wie Postverkehr, Themenrecher- che oder das Verfassen von Pressemitteilungen begleitet er mich auch zu Veranstaltungen und Ausschusssitzungen. Mich freut es sehr, dass Se- bastian hier ist, er packt mit an und ist eine tolle Unterstützung. Da genau während seines Prakti- kums zwei Sitzungswochen liegen, konnte er die

Ausschussarbeit eines Arbeitsparlaments miterleben. „Am Anfang sind die Anträge und Drucksachen sehr technisch und umfangreich, aber mit der Zeit gewöhnt man sich daran. Besonders interessant für mich war das Thema Besteuerung der Digitalen Wirtschaft, also Plattformen wie Amazon“, so der Student der Volkswirtschaftslehre.

Neben der obligatorischen Hausführung durch meine Mitarbeiter konnte er auch dank des SPD-Praktikantenprogramms den Bundesrat, das Bundeskanzleramt und das Willy-Brandt-Haus besichtigen. Einen anderen Termin wird er bestimmt auch nicht so schnell vergessen. „Ich hatte die einmalige Möglichkeit bei der Unterzeichnung des Koalitionsvertrages und der Kanzlerinwahl hautnah dabei zu sein. Ich stand nur ein paar Meter entfernt von Olaf Scholz und Angela Merkel, so etwas erlebt man nicht jeden Tag!“, freut sich der Sendenhorster.



Mit Sebastian Specht im Paul-Löbe-Haus des Deutschen Bundestages.

Rechtssicherheit für Ärzte schaffen – Debatte um § 219a versachlichen

Paragraf 219a des Strafgesetzbuchs verbietet die Werbung für Schwangerschaftsabbruch und war bis zur Verurteilung einer Gießener Ärztin im November 2017 kaum jemandem ein Begriff. Obwohl die Ärztin auf ihrer Internetseite nur sachlich über Schwangerschaftsabbrüche informierte, muss sie eine Geldstrafe zahlen, da das Gericht in diesem Verhalten einen Verstoß gegen § 219a StGB sah.

Nach dem Urteil begann eine intensive Diskussion. Die SPD will daher den § 219a reformieren, damit die Bereitstellung sachlicher Informationen zum Schwangerschaftsabbruch nicht mehr strafrechtlich verfolgt wird und Ärzte mehr Rechtssicherheit

haben. Das im Patientenrechtegesetz geregelte Recht von Patienten auf Information und Aufklärung muss selbstverständlich auch für sachliche Hinweise auf den Schwangerschaftsabbruch gelten. Mit der Union haben wir vereinbart, dass die neue Bundesregierung einen Änderungsvorschlag vorlegen wird. Den Vorschlag wird SPD-Justizministerin Katarina Barley erarbeiten.

Einige versuchen daraus eine Grundsatzdebatte über Abtreibung zu machen. Wir sollten von ideologischen Positionen wegkommen und uns der eigentlichen Frage widmen, wie eine rechtsichere und ausgewogene Regelung aussehen soll. Besonders unangemessen und völlig deplatziert finde ich die Reaktion des neuen Gesundheitsministers Jens Spahn, der diejenigen, die § 219a ändern wollen, unterstellte, sich mehr für Tierrechte als für ungeborenes menschliches Leben zu interessieren. Offenbar ist Herr Spahn noch nicht in seinem Amt angekommen. Seine Äußerungen gehen völlig an der Sache vorbei. Gerade einem Bundesminister für Gesundheit sollte in erster Linie an einer vernünftigen und rechtssicheren Lösung für Ärzte und in Not geratene Frauen gelegen sein und nicht an seiner Profilierung in der CDU als Scharfmacher vom Dienst.

Bund fördert Droste-Kulturzentrum

Die Entwicklung der Burg Hülshoff in Havixbeck zu einem „Zukunftsort Literatur“ wurde im vergangenen Jahr mit erheblichen Mitteln des Bundes unterstützt. Als eines von 24 Projekten konnte es durch die Initiative „nationale Projekte des Städtebaus“ mit 4,6 Millionen Euro gefördert werden. Ein schönes und wertvolles Kulturprojekt in meiner Heimat zu Ehren der Schriftstellerin Annette von Droste-Hülshoff.



Mit Matthias Löb (LWL), Klaus Gromöller, Marc Henrichmann, MdB, Barbara Rüschoff-Parzinger, Jörg Albrecht und Dieter Stolz in der Deutschen Parlamentarischen Gesellschaft

Im Rahmen eines Gespräches in der Deutschen Parlamentarischen Gesellschaft in Berlin durfte

ich als Schirmherr die Unterstützer des LWL-Droste-Kulturzentrums begrüßen, die mir das Programm dieses Zukunftsprojekts ideenreich erläuterten. Seit Beginn der Bewerbung habe ich mich mit anderen Abgeordneten aus dem Münsterland für die Förderung eingesetzt. Ich finde mit einem guten Ergebnis.

Parlamentarischer Abend des Deutschen Sparkassenverbandes

Am 15. März habe ich am Parlamentarischen Abend des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes (DSGV) teilgenommen. Dabei habe ich die Gelegenheit genutzt, Helmut Schleweis zu seiner Wahl zum neuen Präsidenten des DSGV zu gratulieren. Bereits zwei Wochen zuvor habe ich beim turnusmäßigen Gespräch des DSGV mit SPD-Abgeordneten als Mitglied des Finanzausschusses unsere Delegation vertreten können.



Mit Helmut Schleweis, dem neuen Präsidenten des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes (DSGV) bei seiner Amtseinführung am 15. März im Deutschen Historischen Museum in Berlin.

Ich wünsche Euch Frohe Ostern!

Das nächste Update erscheint am 27. April!



**Zu guter Letzt: Fragen, Anregungen, Kritik?
Meldet Euch, Ihr wisst, wie es geht.**

Euer

Berndt Jeldness